

[SAPMO-BArch DY 30/J IV 2/202/508
Abschrift]

Deutsche Reichsbahn
Reichsbahndirektion Berlin
Politische Abteilung

1054 Berlin, den 01. März 1979
Wilhelm-Pieck-Str. 142
Anruf: 587/21 303

Vorsitzenden
der
Sozialistischen Einheitspartei Westberlins
Genossen Horst Schmitt

Werter Genosse Horst Schmitt!

Die Betriebsgruppen der Partei in den Dienststellen der Deutschen Reichsbahn in Westberlin stehen gegenwärtig vor einer äußerst komplizierten politischen Situation. Sie werden immer massiver mit konkreten Lohnforderungen der Eisenbahner konfrontiert. Da von uns gegenwärtig keinerlei Aussagen getroffen werden können, ob und wann Maßnahmen möglich sind, nimmt die Unsicherheit im Auftreten gegenüber den Kollegen bei einer größeren Zahl von Genossen zu. Ein Teil der Parteimitglieder beteiligt sich selbst an den Lohndiskussionen bzw. weicht dem politischen Gespräch aus.

Typische Argumente von Genossen sind:

„Die Partei fordert eine aktive Lohnpolitik. Das wird bei uns nicht wirksam.“

„Wir können unsere Politik nicht vertreten, weil die Eisenbahner nicht sozial sichergestellt sind.“

„In den kapitalistischen Betrieben wird mehr verdient. Es ist keinem zu verdenken, wenn er unseren Betrieb verläßt.“

„Wenn es vor dem 18. 3. keine klare Aussage gibt, dann wird uns wohl kaum ein Eisenbahner seine Stimme geben.“

Die Genossen in den Betriebsgruppen schätzen ein, daß sie dem Druck der Lohndiskussion kaum noch wirksam entgegentreten können. In einer Reihe von Dienststellen kam es bereits zu offenen Mißtrauensäußerungen gegen den FDGB, gegen die Deutsche Reichsbahn und die Deutsche Demokratische Republik, aber auch gegen die SEW. In Gewerkschaftsversammlungen und bei Wählergesprächen mit Eisenbahnern wird vorrangig über Lohnfragen diskutiert. Dabei werden zunehmend konkrete Forderungen und Fragen gestellt.

Typisch sind folgende Meinungen:

„Eine Erhöhung muß sich im Tariflohn ausdrücken.“

„Der Urlaub wurde in der DDR erhöht, und auch der DGB setzt höheren Urlaub durch. Wann bekommen wir mehr Urlaub?“

„Die Tarife müssen eine Laufzeit von einem Jahr haben. Man hat in den letzten Jahren immer einige Monate eingesparrt.“

„Warum werden die Verhandlungen nicht offen geführt? Wer verhandelt überhaupt? Kennen die unsere Probleme?“

„Der FDGB tut zu wenig für uns!“

„In der ‚Wahrheit‘ werden die Zustände bei der Deutschen Reichsbahn verschwiegen. Die SEW sollte sich mehr für die Eisenbahner einsetzen!“

Verbreitet tritt als neues Argument auf: „Wir haben unter den komplizierten Witterungsbedingungen unsere Einsatzbereitschaft und unser Vertrauen bewiesen. Nun ist es an der Zeit, daß die Deutsche Reichsbahn Vertrauen uns gegenüber beweist und das Lohnproblem in Ordnung bringt.“

Bemerkenswert ist darüber hinaus, daß in den letzten Wochen die Kündigungen, besonders auch von qualifizierten Eisenbahnern zunehmen. Der ständige Rückgang an Beschäftigten kann durch Neueinstellungen nicht ausgeglichen werden, weil viele Bewerber nach Kenntnis der Verdienstmöglichkeiten zurücktreten.

Im Zusammenhang damit nehmen die Überstundenleistungen in einer Reihe von Bereichen erheblich zu. Gleichzeitig wächst die Zahl der Austritte aus dem FDGB.

Wir haben die Situation ständig gründlich eingeschätzt und die zuständigen Stellen über die sich entwickelnde Diskussion informiert. Von uns wurde und wird der Standpunkt vertreten, daß unbedingt lohnerhöhende Maßnahmen für die Beschäftigten der Deutschen Reichsbahn mit Wohnsitz in Westberlin erforderlich sind. Am 15. 2. 1979 haben wir in einem gemeinsamen Brief an den Minister für Verkehrswesen, Genossen Otto Arndt, an den Leiter der Politischen Verwaltung der Deutschen Reichsbahn, Genossen Robert Menzel, und an den Vorsitzenden des Zentralvorstandes der IG Transport- und Nachrichtenwesen, Genossen Kalauch, erneut über die verschärfte politische Situation informiert und Vorschläge für lohnerhöhende Maßnahmen unterbreitet.

Es wurde vorgeschlagen:

1. Die Durchführung lohnerhöhender Maßnahmen für die Beschäftigten der Deutschen Reichsbahn mit Wohnsitz in Westberlin sollte spätestens zum 01. 5. 1979 erfolgen.
2. Für jeden Beschäftigten sollte eine monatliche Bruttolohnerhöhung von DM 100,-- erreicht werden.
3. Die Lehrlingsentgelte sollten um DM 30,-- monatlich erhöht werden.
4. Für das Urlaubsjahr 1980 sollte der Urlaub um einen Tag je Beschäftigten erhöht werden. Zu diesem Zweck sollte eine Erhöhung des Grund- und des Mindesturlaubs um einen Tag vorgenommen werden.

Trotz der angespannten Valutasituation halten wir eine Erhöhung der Tarifgehälter bzw. -löhne um brutto DM 100,-- (das entspricht durchschnittlich etwa DM 80,-- netto) für unumgänglich, weil das Lohnniveau bei der Deutschen Reichsbahn gegenüber dem in der Westberliner Wirtschaft in den letzten Jahren deutlich zurückgeblieben ist. Für 1979 (Mai - Dezember) bedeutet das einen zusätzlichen Aufwand von 2,6 Millionen DM.

Lieber Genosse Horst Schmitt!

Auf Grund dieser Einschätzung, die sicher mit Deinen Informationen übereinstimmen wird, vertrete ich die Auffassung, daß nunmehr kurzfristige Entscheidungen erforderlich sind. Anderenfalls sind politische Auswirkungen zu erwarten. Für besonders dringlich halte ich Entscheidungen über die Argumentation gegenüber den Eisenbahnern. Dazu gehört die Zustimmung, von „Verhandlungen“ bzw. Terminen sprechen zu können.

Ich wäre Dir sehr dankbar, wenn Du in geeigneter Weise Deine Meinung zu den aufgeworfenen Fragen äußern könntest.

Mit sozialistischem Gruß
[Unterschrift]
Kuske
Reichsbahn-Oberdirektor
Leiter der Abteilung